

URSULA SCHRÖTER

Die Frauen und die Zukunftsdebatte. Ein ostdeutscher Blick

Wir wissen es alle: Wichtige gesellschaftspolitische Zäsuren richten sich nicht nach dem Kalender. Insofern gibt es keinen plausiblen Grund, um an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend besonders intensiv nach Zukunftshoffnungen zu suchen. Wie die nach uns kommenden Generationen leben, arbeiten werden, wieviel Luft und trinkbares Wasser ihnen zur Verfügung stehen werden, wie sie mit den Widersprüchen zwischen Armut und Reichtum, zwischen Frau und Mann, zwischen Europa und Nicht-Europa zurecht kommen werden, all das wird vermutlich nicht in der Silvesternacht 2000 entschieden.

Dennoch hat in der Sozialwissenschaft und Politik das Thema »Zukunft« Konjunktur. Die Jahrtausendwende wird zum Anlaß genommen, empirisch nachweisbare Trends oder auch nur politisch motivierte Hoffnungen und Absichten als mögliche Zukunftsszenarien zu diskutieren.

Ursula Schröter – Jg. 1941, Diplom-Mathematikerin, Dr. phil.; seit 1975 in der soziologischen Forschung tätig, vorwiegend zur soziologischen Methodik, nach 1990 zu Frauen- und Kinderproblematik. Veröffentlichungen, zuletzt (zusammen mit Eva Kaufmann und Renate Ullrich): Als ganzer Mensch leben, trafo verlag Berlin 1997.

So kommt vom Club of Rome die Vorstellung, »wie wir arbeiten werden« (Orio u.a., 1998); so installierten die großen Parteien spezielle Arbeitskreise und Kommissionen und ließen deren Mitglieder über Zukunftshoffnungen und Zukunftsbefürchtungen nachdenken, schreiben und reden. Hier hat der sogenannte bayrisch-sächsische Zukunftsbericht mit seiner eindeutigen Botschaft an ostdeutsche Frauen wohl den meisten Staub aufgewirbelt: »Die hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen ist auch ein Grund für die höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland« (Kommission für ..., 1997, Teil I: 2). In einer Wirtschaftszeitschrift heißt es: »So lautstark die Arbeitnehmer protestieren, der Weg in eine amerikanische, und das heißt vor allem flexiblere und stärker auf Leistung beruhende Gesellschaft ist unausweichlich« (Sauga u.a., 1996, S. 16). Unausweichlich ist demnach eine Vision, nach der etwa 20 Prozent der Erwachsenen einen gut bezahlten full-time-job, Macht und Ansehen in der Gesellschaft haben werden, während für die restlichen 80 Prozent Erwerbsarbeitslosigkeit, möglicherweise auch Bürgerarbeit im Beckschen Sinne (Kommission für ..., 1997, Teil III: 146) oder traditionelle Wohltätigkeitsarbeit bleiben. Ganz in diesem Sinne muß wohl auch das jüngste Strategiepapier von Schröder/Blair verstanden werden, wenn angekündigt wird, daß »das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung« umzuwandeln ist. Es sind aber auch Zukunftsvorstellungen zu lesen und zu hören, nach denen es eine Fülle evolutionärer Schritte geben wird, die das Primat der Politik

gegenüber der Wirtschaft (wieder) herstellen und insofern einen »Schrumpfkapitalismus« (vgl. Bömer, 1996) anstreben. So ist in der ökonomischen Literatur auffällig oft vom sogenannten Non-Profit-Sektor (z.B. Nieland, 1998), vom »Dritten« Sektor (z.B. Anheier u.a., 1997), vom »gemeinwesenorientierten Wirtschaften« (z.B. Möller, 1997) oder auch von lokaler Ökonomie (z.B. Franzky u.a. 1997: 14) die Rede. So wird zunehmend auf die »neue Spaltung« des zukünftigen globalen Arbeitsmarktes aufmerksam gemacht, eine Spaltung »zwischen hochqualifizierten und nicht ortsgebundenen ›Wissensträgern« – meist weiß und männlich – und gering qualifizierten räumlich gebundenen Arbeitskräften...« (Young, 1998: 185). So werden – nicht nur in der Medienforschung – Frauenleitbilder (Rieck, 1999) und vereinzelt auch Männerleitbilder (Zulehner u.a., 1998) »am Rande des Jahrtausends« zur Diskussion gestellt. Und so wird gleichzeitig das jahrhundertalte Projekt der Moderne wieder und mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen auf Zukunftsfähigkeit hin überprüft (z.B. Kuhn, 1994, Friese, 1995; Giddens, 1995), immer unter der ausgesprochenen oder unausgesprochenen Prämisse, daß »Zukunft keineswegs Sachzwängen unterliegt, sondern prinzipiell erfunden und gestaltet werden kann« (Zimmermann, 1998: 149).

Frauen kommen durchaus vor in dieser Debatte um die »Erfindung und Gestaltung von Zukünften«, vor allem als Untersuchungsobjekte oder – wie im bayrisch-sächsischen Bericht – als Verursacherinnen von gesellschaftlichen Problemen. Für Frauen wurde im Zusammenhang mit den Zukunftsvorstellungen der Europäischen Gemeinschaft sogar ein ganz und gar neuer Begriff erfunden: gender-mainstreaming. Das soll bedeuten, »daß die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter deutlich sichtbar in alle Politikbereiche und Programme auf allen Tätigkeitsebenen eingebunden wird« (Stellungnahme des ..., 1997: 20). Was solche Absichtserklärungen wert sind, muß sich erst noch zeigen. Daß sie notwendig sind, steht außer Frage, denn »nach dem bisherigen Forschungsstand ist es angebracht, davon auszugehen, daß sich auf den Arbeitsmärkten (der Europäischen Union – U.S.) die Anpassungslast der Zuwanderung nicht gleichmäßig verteilen wird, sondern daß sich vielmehr die Belastungen in erhöhtem Maß auf die genannten Gruppen (Schwervermittelbare, Behinderte, Ältere, Ausländer – U.S.) und auch auf die Frauen insgesamt konzentrieren werden« (Biehl, 1999: 85)

Die Frage, ob von Ostdeutschland, vielleicht sogar von ostdeutschen Frauen ein hoffnungsvoller, soll heißen zukunftsfruchtiger Impuls für das Deutschland des 21. Jahrhunderts ausgehen könnte, wird – von Ausnahmen abgesehen (Kaufmann u.a. 1997) – selten gestellt. Zwar hat sich die Voraussage einer schnellen »nachholenden Modernisierung« in Ostdeutschland und damit einer relativ unproblematischen Angleichung der ostdeutschen Realitäten an westdeutsche Verhaltens- und Institutionenmuster bisher nicht bestätigen lassen (Alheit, 1994, Wehrich, 1999 und viele andere); zwar wird gerade den Frauen in Ostdeutschland eine spezifische, mitunter als zeitgemäß bezeichnete Widerständigkeit gegen die neue Ordnung, insbesondere »neue« Geschlechter-Ordnung bescheinigt;

Susanne Schunter-Kleemann charakterisiert den gender-mainstreaming-Ansatz auf der Grundlage ihrer EU-Analysen als schönes Versprechen, als Programmwort, das von seiten des Ministerrates und von vielen Behörden der Kommission selbst so gut wie nicht erfüllt ist. Bisher hätte sich am »maskulinen Projekt transnationalen Regierens« nichts geändert. (Schunter-Kleemann, 1998)

zwar wird in Ostdeutschland eine neue Nachdenklichkeit (Reißig) festgestellt; aber ob diese ostdeutsche Nachdenklichkeit und Widerständigkeit zur »Erfindung und Gestaltung von Zukünften« genutzt werden oder genutzt werden könnten, ob aus der nachweisbaren Skepsis und dem Dagegen-Sein ein wirksames Dafür-Sein abzuleiten sei, bleibt – nach meiner Wahrnehmung – in der sozialwissenschaftlichen Zukunftsdebatte offen. Immerhin, die Aufgabe ist in Kurzfassung formuliert: »Statt Aufbau Ost als blinder Nachbau West geht es in dieser neuen Phase um einen Umbau in Ost und West« (Reißig, 1999: 8). Was könnte das aus Frauensicht, was könnte das für den mainstreaming-Ansatz bedeuten? Was, wohin, mit wem, gegen wen ... sollte in Ost und West umgebaut werden? Welche theoretischen Überlegungen eignen sich als Grundlage für diesen Umbau?

Der amputierte Arbeitsbegriff

Spätestens seit in der Bundesrepublik Deutschland das »Ende der Arbeitsgesellschaft« proklamiert wurde, also lange vor dem Beitritt der DDR; seit behauptet wird, daß eine Trennung der modernen Gesellschaft in »drinnen und draußen« (Dahrendorf) unabwendbar sei, spätestens seit dieser Zeit wird – oft kontrovers – über den Arbeitsbegriff und damit auch über den Begriff Arbeitslosigkeit nachgedacht und gestritten. Das ist durchaus nicht nur ein theoretisches Problem, denn die mit unterschiedlicher Begrifflichkeit verbundenen unterschiedlichen sozialen Folgen reichen von »Arbeitslosigkeit ist sozialer Tod« (John, 1988) bis »Arbeitslosigkeit ist kein Problem mehr, sondern ein fataler Zustand« (sinngemäß Offe, 1994), weshalb die Betroffenen »stärker Emanzipationschancen jenseits der beruflichen Orientierung ins Blickfeld rücken« (Andruschow, 1996: 49) sollten.

Vor allem in Ostdeutschland und besonders in feministischen Diskussionen wird in diesem Zusammenhang die unzulässige Enge des Arbeitsbegriffes kritisiert. Die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft verwendet einen Arbeitsbegriff, der nur die in der Öffentlichkeit geleistete Arbeit erfaßt, der nur oder vorwiegend auf bezahlte Arbeit orientiert und der nur auf ökonomische Effektivität und damit auf Wachstum und Leistung gerichtete Arbeit meint. »Umbau in Ost und West« muß den Umbau dieses amputierten Arbeitsbegriffs einschließen, d.h. zunächst: Er muß die damit verbundenen Konsequenzen bewußt machen.

Eine erste Konsequenz: Die öffentliche Debatte um das Ende der Arbeitsgesellschaft unterschlägt, auch wenn sie von Linken geführt wird, fast immer die umfangreiche, in privaten Strukturen geleistete – weltweit meist von Frauen erledigte – Arbeit. Nach einer Studie des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden aus dem Jahr 1992 (und nur für die alten Bundesländer gültig) wäre die gesamte Wirtschaftsleistung um 33 bis 73 Prozent (je nach Berechnungsmodus) höher als das berechnete Bruttoinlandprodukt, wenn »man die Eigenleistungen privater Haushalte vollständig in die gesamtwirtschaftliche Leistung einbeziehen« (Schäfer u.a., 1994: 610) würde. Daß private Arbeit, d.h. Kindererziehung, Familienarbeit, Altenpflege usw., gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, wird explizit kaum bestritten, implizit aber häufig – auch in PDS-Zusammenhängen – »vergessen«.

Damit ist verbunden, daß die »Erwerbsneigung der Frauen«, ob nun als Zukunftspotential oder als gesellschaftliches Dilemma verstanden, nur in Ausnahmefällen mit der »Hausarbeitsneigung der Männer« in Zusammenhang gedacht und diskutiert wird.

Ob bzw. inwieweit hier die aktuelle »Philosophie der Kompetenz« (Bourdieu, 1997, in kritischer Distanz), die sich für unterschiedliche Zukunftsvisionen – nicht zuletzt für neoliberale – nutzen läßt, eine Veränderung im Denken erzwingt, wird sich zeigen. Auffällig ist jedoch, daß in der Literatur immer öfter auf Kompetenzen verwiesen wird, die in privaten Strukturen – gewissermaßen nebenbei – erworben und in öffentlichen Strukturen dringend gebraucht (z.B. Költzsch-Ruch, 1997), mitunter sogar als »Nadelöhr zukünftiger Entwicklung« (Erpenbeck u.a., 1998: 580) identifiziert werden. Dabei geht es nicht nur um die oft zitierten sozialen Kompetenzen, sondern auch um Planungs-, Koordinierungs-, Optimierungsfähigkeiten. Die Familie rückt damit in den Status eines »informellen Lernortes« für die berufliche Arbeit. Das ist zweifellos ein Fortschritt im Vergleich zu Auffassungen, nach denen durch Familienpflichten vor allem »Leistungsdefizite und Kompetenzverluste« verursacht würden (vgl. Familienkompetenzen...). Allerdings scheint der angestrebte Kompetenztransfer für die offizielle Forschung nur in einer Richtung interessant zu sein: nur in der Richtung vom Privaten zum Öffentlichen. »Unternehmen, die Familientätigkeit als Ort der Kompetenzvermittlung nicht wahrnehmen, berauben sich damit eines Potentials betrieblich notwendiger Fähigkeiten und Fertigkeiten« (ebenda). Wie der Transfer vom Öffentlichen zum Privaten funktioniert, ob Menschen mit anspruchsvoller beruflicher Arbeit besser als andere in der Lage sind, ihr Privatleben zu organisieren, ob beispielsweise berufstätige Frauen im Privatleben konfliktfähiger sind und die Fragen ihrer Kinder besser beantworten können als Hausfrauen, für solche Fragen wird offensichtlich kaum eine Forschungsnotwendigkeit gesehen.

Das heißt, von einer wirklich gleichrangigen Betrachtung öffentlicher und privater Arbeit sind wir auch in der Kompetenzforschung weit entfernt. Damit sind die Chancen gering, daß »Zukünfte erfunden und gestaltet« werden können, deren Akteure und Akteurinnen tatsächlich »ganze Menschen« (vgl. Kaufmann u.a., 1997) sein dürfen. Es ist ganz sicher kein Zufall, daß gerade dieses Defizit in der Zukunftsdebatte vor allem von ostdeutschen Frauen thematisiert wird: keine Zukunft ohne Vergangenheit. Nun wurden auch in der Vergangenheit ostdeutscher Frauen berufliche Arbeit (die damals bezeichnenderweise nicht Erwerbsarbeit hieß) und private Arbeit nicht als gleichrangig betrachtet. Sowohl mit Bezug auf offizielle DDR-Dokumente als auch mit Bezug auf Meinungsäußerungen von DDR-Frauen und -Männern läßt sich die fest verwurzelte hierarchische Sicht zwischen Öffentlichem und Privatem nachweisen. Das Private war auch in den vierzig DDR-Jahren das Zweitrangige, die mit privater Arbeit Beschäftigte waren die Zweitrangigen. Nicht zuletzt deshalb meine ich, daß das Konzept des DDR-Sozialismus für eine neue Zukunftsvision untauglich ist. Ob Eric Hobsbawm aus den gleichen Gründen eine Wiederholung der »real existierenden Sozialismen« für »äußerst unwahrschein-

Auch mit dem Abstand von zehn Jahren bin ich noch nicht bereit und in der Lage, den Begriff »weibliche Erwerbsneigung« ohne Anführungszeichen zu denken und zu schreiben, weil ich mich mit der darin enthaltenen doppelten Diskriminierung nicht abfinden möchte. Frauen (und Männern) geht es mit ihrem Bedürfnis nach anspruchsvoller beruflicher Arbeit um mehr als eine Neigung. Und dieses Bedürfnis ist auf mehr als den finanziellen Erwerb gerichtet.

Die absolute Dominanz der Klassentheorie verstellte den Blick für anders determinierte gesellschaftliche Widersprüche. Insofern waren Geschlechterwidersprüche in der DDR weniger als die in der westlichen Linken diskutierten »Nebenwidersprüche«. »Die Frauen fördern, heißt die Kampfkraft der Arbeiterklasse stärken«, unter diesem Motto fand 1953 eine zentrale Frauenkonferenz statt, und diese Philosophie bestimmte die DDR-Frauenpolitik bis in die achtziger Jahre.

Mit ostdeutschen Erfahrungen läßt sich die These formulieren: An den Grundfesten des Patriarchats zu rütteln, heißt, den Kapitalismus infrage zu stellen. An den Grundfesten des Kapitalismus zu rütteln, muß nicht heißen, das Patriarchat infrage zu stellen.

lich« hält, weiß ich nicht. In einer taufischen Edition des kommunistischen Manifestes schreibt er in der Einleitung zum Thema »postkapitalistische Gesellschaften«, die für ihn ganz offensichtlich unausweichlich sind: »Welche Formen sie annehmen und wie weit sie die humanistischen Wertvorstellungen des von Marx und Engels vertretenen Kommunismus verkörpern könnten, wäre abhängig von der politischen Aktion, die diesen Wandel herbeiführen würde« (Hobsbawm, 1999: 35). Es ist zu hoffen, daß sich Frauen diese Botschaft aneignen und nicht – wieder – überwiegend den Männern die »politische Aktion« überlassen.

Und dennoch: Die Trennwand zwischen öffentlicher und privater Arbeit war in der DDR durchlässiger als heute. Es fehlte das absolute Desinteresse, die strukturelle und damit gnadenlose Rücksichtslosigkeit (Kaufmann, 1990) des Öffentlichen gegenüber dem Privaten. Wenn Johanna Mierendorff (1992) für die ehemalige Bundesrepublik feststellt, daß die Strukturen der Berufswelt nicht auf die Verknüpfung zwischen öffentlicher und privater Arbeit ausgerichtet sind und daß die Gesellschaft keine Verantwortung für die Kombination beider Sphären übernimmt, dann werden die Unterschiede zur DDR-Vergangenheit deutlich. Bezogen auf diese relativ bescheidenen Ansprüche war die DDR der modernere deutsche Staat, denn die Berufswelt war mit Betriebskindergärten, Kinderferienlagern, Arbeitszeitregelungen usw. durchaus auf die Verknüpfung beider Sphären ausgerichtet, die Gesellschaft übernahm also durchaus Verantwortung für die Vereinbarkeit von beruflicher und privater Arbeit – allerdings nur für Frauen! Solche Erfahrungen gesammelt, die damit verbundenen Konflikte kennengelernt zu haben, halte ich heute für einen unverzichtbaren Vorzug des Ost-Frauen-Lebens im Vergleich zum Nur-Hausfrauen-Leben einerseits und zur sogenannten gewollten Kinderlosigkeit andererseits. Und solche Erfahrungen sollten beim notwendigen »Umbau in Ost und West« nicht ungenutzt bleiben.

Eine zweite Konsequenz: Die Gleichsetzung von Arbeit mit Erwerbsarbeit offenbart eine sehr spezifische Motivstruktur. Es wird unterstellt, nicht zuletzt mit der Begrifflichkeit »Erwerbsneigung«, daß es den Menschen bei ihrem Bedürfnis nach beruflicher Arbeit ausschließlich um den damit zu erzielenden Erwerb ginge. Folgerichtig wird bei Arbeitslosigkeit nur dieser Aspekt durch das soziale Netz (teilweise) kompensiert. Folgerichtig ist unter dieser Prämisse auch die für Ostdeutsche in diesem Maß neue Dominanz ökonomischer Werte in fast allen Lebensbereichen. Wertvoll sei nur, was sich gut verkaufen lasse. Selbst die eigene Person wird auf diese Weise zur Ware. Mit der/dem entsprechenden Kleidung, Wagentyp, Wohnungsausstattung, Ausdrucksweise (sonst ist man außen vor!), Freundeskreis, zunehmend auch mit dem geeigneten Wohnviertel erhält man sich marktwürdig. Forschungen zur Wertorientierung und zur Arbeitsmotivation (Meyer, 1996, Allbus-Befragungen, ISDA-Befragungen u.a.m.) belegen aber ein sehr viel breiteres Spektrum: neben dem Bedürfnis nach Geldverdienen auch das Bedürfnis nach sozialen Kontakten, nach Stärkung des Selbstwertgefühls, nach sozialer Sicherheit, nach Gebraucht-Werden-Wollen in der Gesellschaft. Es ist schon wahr, das Geldverdie-

nen und die damit verbundene ökonomische Unabhängigkeit sind in den letzten 10 Jahren im Osten wichtiger geworden. Das ist nicht verwunderlich und schon gar nicht moralisierend abzuwerten, weil die Lebensqualität als ganzes – Wohnen, Gesundheit, Bildung usw. – sehr viel mehr als in der DDR vom Geldbeutel abhängt. Aber es gibt hinsichtlich Wertorientierungen und Im-Zusammenhang-Denken nach wie vor einen ernstzunehmenden Ost-West-Unterschied (Gensicke, 1998), was sich in den letzten Monaten besonders deutlich in der Haltung zum Frieden in Europa zeigte. Es ist zu hoffen, daß die ostdeutsche neue Nachdenklichkeit beim »Umbau Ost und West« hier Zeichen setzen kann.

Eine dritte Konsequenz: Mit der These vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« wird der Eindruck erweckt, als gäbe es in Deutschland objektiv zu wenig Arbeit, nur weil es unter den gegebenen Bedingungen für zu wenige Menschen Erwerbsarbeit gibt. Die Sündenböcke für dieses Dilemma scheinen gefunden zu sein: die Ausländerinnen und Ausländer, die nach Deutschland, und die Frauen, die auf den Arbeitsmarkt drängen. Solche Argumente sind in vielfacher Hinsicht unlauter. Zum einen, weil sie dem Gerechtigkeitsprinzip, einem Grundpfeiler moderner Gesellschaften, widersprechen (warum gehören nur deutsche Männer auf den deutschen Arbeitsmarkt?), zum anderen, weil selbst ein flüchtiger Blick auf die gesellschaftliche Realität die These von der fehlenden Arbeit ad absurdum führt. Ob es um die Betreuung Hilfebedürftiger, um Armutsbekämpfung, um Erhaltung von Kunstwerken, um Kriminalitätsprävention, um die Betreuung bzw. Bekämpfung von Obdachlosigkeit, um ökologische, medizinische, philosophische Forschung und vieles mehr geht, die Probleme schreien geradezu nach gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Das Unlautere der Debatte zeigt sich darüber hinaus in der sehr durchsichtigen und durchaus nicht geschlechtsneutral gemeinten Aufwertung des »Ehrenamtes« bzw. in der Erfindung neuer Worte für unbezahlte Arbeit. Auch die Tatsache, daß sich die gleiche Gesellschaft, der angeblich die Arbeit ausgeht, zunehmend mit bezahlter Kinderarbeit abfindet (Ingenhorst u.a., 1992), sehe ich als Beleg dafür, daß die Arbeitsgesellschaft zur Jahrtausendwende eher am Anfang, denn am Ende steht. Ein Thema, das für den »Umbau in Ost und West« produktiv sein könnte.

Zunächst die Fragen

Arbeit ist also sehr viel breiter zu definieren, als die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft unterstellt. Andererseits ist es für die Zukunftsdebatte ganz sicher nicht hilfreich, jede menschliche Tätigkeit als Arbeit zu bezeichnen. Hat doch schon Paul Lafargue mit seinem »Recht auf Faulheit« versucht, hier Grenzen zu setzen. Ich meine, der Arbeitsbegriff sollte sich im Spannungsfeld von zwei Funktionen bewegen. Arbeit sollte einerseits die menschlichen Fähigkeiten und Orientierungen berücksichtigen und weiterentwickeln (individueller Aspekt). Im Arbeitsprozeß, im öffentlichen ebenso wie im privaten, bilden und beweisen sich gleichermaßen individuelle Handlungsvoraussetzungen, die mit »Wollen« und »Können« umschrieben werden können. Arbeit umfaßt insofern körperliche und geistige, rationale und emotionale, zwecksetzende

und zweckrealisierende, schöpferische und ausführende Aspekte u.a.m., ohne von vornherein den einen über den anderen zu stellen. Der Mensch sollte also durch Arbeit zu sich selbst finden, sich seiner Stärken und Schwächen bewußt werden können. Mit Bezug auf Friedrich Engels ließe sich zuspitzen, daß Arbeit nicht nur zur Menschwerdung des Affen notwendig war, sondern auch zur Menschbleibung notwendig ist.

Und Arbeit sollte andererseits das soziale Wesen des Menschen berücksichtigen, eine Teilnahme am gesellschaftlichen Lebensprozeß, der durchaus nicht nur die öffentliche Sphäre umfaßt (Schaeffer-Hegel u.a., 1996), ermöglichen und erfordern. Arbeit sollte die Gewißheit vermitteln, in der Gesellschaft gebraucht zu werden (gesellschaftlicher Aspekt). Mit Blick auf diesen Aspekt könnte »Arbeiten« eindeutig von »Spielen«, »sich pflegen«, »faul sein« u.ä. und nicht so eindeutig von »Lernen« unterschieden werden. Mit Blick auf diesen gesellschaftlichen Aspekt würden sich auch hierarchische Sichtweisen zwischen unterschiedlichen Arbeitsinhalten verbieten. Denn jede gesellschaftlich notwendige Arbeit ist wichtig, weil die Kategorie »gesellschaftliche Notwendigkeit« keine Werteskalierung zuläßt. Eine Arbeit ist gesellschaftlich notwendig und damit wichtig für die Gesellschaft – oder sie ist keine Arbeit.

Dieser Satz provoziert Fragen, die in die Zukunftsdebatte gehören. Beispielsweise:

Bedeutet die These, daß es keine wichtigeren und unwichtigeren Arbeiten gäbe, auch, daß jede Gruppe von Arbeitenden die gleiche gesellschaftliche Wertschätzung verdient, daß sich dann eine hierarchische Sichtweise auf unterschiedliche Berufsgruppen, Generationen, Ethnien und eben unterschiedliche Geschlechter verbietet?

Bedeutet die These, jede Arbeit ist gesellschaftlich notwendig, auch, daß jede mehr oder weniger gut honorierte Beschäftigung (Tätigkeit) ebenfalls gesellschaftlich notwendig ist und damit den Namen Arbeit verdient? Wird eine Tätigkeit in militärischen Institutionen oder in der Werbebranche tatsächlich von der Gesellschaft gebraucht? Vor allem aus gewerkschaftlichen Kreisen wird immer wieder die Forderung an die Wissenschaft erhoben, sich mit »gesellschaftlich nicht notwendiger Arbeit« zu befassen, also auch, mit Vergeudung von Kompetenzen, ein Thema, das aus meiner Sicht in der bundesrepublikanischen Sozialwissenschaft stark vernachlässigt bzw. einseitig auf Kompetenzentwertung der Ostdeutschen reduziert (Diewald, 1997) wird.

Was bedeutet die Annahme der Gleichrangigkeit von Arbeit für bestimmte soziale Gruppen? Oder, um die Frage einzuschränken, lassen sich die bisher wenig diskutierten Analogien zwischen Frauen- und Kinderproblemen letztlich mit Mißachtung privater Arbeit im öffentlichen Leben begründen? Könnten also bei Aufdeckung und schließlich Aufhebung dieser Mißachtung solche Probleme – beispielsweise Kinderarmut – überwunden werden?

Was bedeutet die Annahme der Gleichrangigkeit von Arbeit für die Zukunftsträchtigkeit der Leistungsgesellschaft (Leistung als Arbeit pro Zeiteinheit)? Die Behauptung, daß Arbeit zur Menschbleibung notwendig ist, sagt nichts über die zeitliche Dimension aus. Welches Arbeitstempo ist tatsächlich gesellschaftlich notwen-

Auf empirischer Ebene fällt der Zusammenhang zwischen Frauen- und Kinderarmut ebenso auf wie der zwischen Frauenbildung und kindlicher Entwicklung. In der Literatur (Honig u.a., 1996) wird darüber hinaus zunehmend auf Analogien zwischen kindersozialologischen und feministischen Theorieansätzen verwiesen (Stichwort Adultismus). Daß es auch in der gesellschaftlichen Wertschätzung von Frauen- und Kinderarbeit Zusammenhänge gibt, wird vergleichsweise selten reflektiert und könnte ein spezifisch ostdeutsches Forschungsfeld sein.

dig? Vor allem aus ökologischen Erwägungen (Ressourcen und Entsorgung) heraus stellt sich die Frage, warum immer schneller produziert werden muß. Aus meiner Sicht steht nicht die Arbeitsgesellschaft, sondern die Leistungsgesellschaft zur Disposition.

Kann die These, Arbeit passe nicht in ein hierarchisches Modell, so zugespitzt werden, daß Hierarchien in menschlichen Gemeinschaften der Zukunft generell in Frage zu stellen sind? Wie wären dann hierarchische Machtstrukturen zu beurteilen? Vor allem in feministischer Literatur wird in diesem Zusammenhang immer öfter die Macht-Definition von Max Weber, in Forschung und Praxis weitgehend anerkannt, der Auffassung von Hannah Arendt entgegengesetzt: Sie definiert Macht nicht als Herrschaft, sondern als Verantwortung; Macht entspreche »nicht nur der menschlichen Fähigkeit zu handeln, sondern sich mit anderen zusammenschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln« (Arendt, 1970: 45).

Kann aus der Annahme, daß die zukünftige Gesellschaft weitgehend ohne hierarchische Strukturen funktionieren kann, der Schluß gezogen werden, daß sich auch die sogenannten und heftig umstrittenen männlichen und weiblichen Verhaltensmuster ändern werden? Härte, Skrupellosigkeit, Entscheidungsfreude, Selbstdarstellungsdrang usw. sind bekanntlich notwendig, um den Platz in der Machthierarchie zu halten oder zu verbessern. Das sind gleichzeitig die Verhaltensweisen, die in der sogenannten kritischen Männerforschung als kontraproduktiv für die Zukunft der Gesellschaft und katastrophal für die männliche Identitätsfindung (Hollstein, 1996) bezeichnet werden. Wäre dann die Aufforderung an Frauen, sich von der »Freundinnenkultur« zu verabschieden (Schaeffer-Hegel), nicht zu ersetzen durch eine Aufforderung an Männer und Frauen, genau diese Kultur zu stabilisieren?

Die Fragen »an die Zukunft« ließen sich fortsetzen. Ob die Antworten für die nach uns kommenden Generationen akzeptabel – d.h. nicht weniger als lebbar – sind, wird nach meiner Überzeugung davon abhängen, wie es uns gelingt, gesellschaftlich tatsächlich notwendige Arbeit (bis hin zur Hobsbawmschen politischen Aktion) gesellschaftlich zu achten und zu verteilen.

Literatur:

- Alheit, P., 1994, Die Spaltung von »Biographie« und »Gesellschaft«. Kollektive Verlaufskurven der deutschen Wiedervereinigung. In: Fischer-Rosenthal, Alheit (Hrsg.), Biographien in Deutschland, Opladen
- Allbus 96, SPSS-Datei in ISDA-Verwaltung, selbst ausgewertet. Der Allbus ist ein von Bund und Ländern über GESIS finanziertes Projekt, das bei ZUMA Mannheim und beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln realisiert wird.
- Andruschow, K., 1996, Wohin soll die Reise gehen? Die »ungebrochene Erwerbsneigung« von ostdeutschen Frauen – ein gesamtdeutsches Modernisierungspotential oder nicht? In: Umbruch, Band 11, SFZ Berlin-Brandenburg, Berlin
- Anheier, H. K., Priller, E., Seibel, W., Zimmer, A., 1997, Der Dritte Sektor in Deutschland, Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel, Berlin
- Arendt, H., 1970, Macht und Gewalt, München
- Biehl, K., 1999, EU-Osterweiterung und Arbeitsmarkt. In: Wirtschaftspolitische Blätter 1-2/1999
- Bömer, H., 1996, Gesamt- und regionalwirtschaftliche Steuerungsprobleme nachhaltiger Entwicklung. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 92, Dortmund
- Bourdieu, P., 1997, Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, édition discours, Band 23, Konstanz
- Diewald, M., 1997, Aufbruch oder Entmutigung? Kompetenzzentfaltung, Kompetenzzentwertung und subjektive Kontrolle in den neuen Bundesländern. Arbeitsbericht 5/97 des Projektes »Ostdeutsche Lebensverläufe im Transformationsprozeß«, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin

- Erpenbeck, J., Heyse, V., 1998, Die Kompetenzbiographie. Strategien der Kompetenzentwicklung durch selbstorganisiertes Lernen und multimediale Kommunikation, QUEM-Forschungsbericht, Berlin
- Familienkompetenzen – Potential einer innovativen Personalpolitik, Projektpapier des Deutschen Jugend Instituts (DJJ) mit dem Institut der KAB für Qualifizierung und Beschäftigung e.V.
- Franzky, G., Wölfing, S., 1997, Lernen in Tätigkeitsfeldern außerhalb der Erwerbsarbeit. In: QUEM-report, Heft 51, Berlin
- Friese, M., 1995, Modernisierungsfallen im historischen Prozeß. Zur Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit in einem gewandelten Europa. In: Berliner Journal für Soziologie 2/95, Berlin
- Gensicke, T., 1998, Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration, Forschungsbericht, Wiesbaden
- Giddens, A., 1995, Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/Main
- Hobsbawm, E., 1999, Einleitung zu Karl Marx und Friedrich Engels – Das Kommunistische Manifest. Eine moderne Edition. Hamburg
- Hollstein, W., 1996, Ende der Frauenpolitik? Zur unvollendeten Emanzipation von Männern und Frauen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42/96, Bonn
- Honig, M.-S., Leu, R., Nissen, U., 1996, Kinder und Kindheit. Soziokulturelle Muster – sozialisationstheoretische Perspektiven, Weinheim und München
- Ingenhorst, H., Wienold, H., 1992, Wie und wofür arbeiten Kinder? Kinder und Jugendliche als Lohnarbeiter. In: Kinderkulturen. Neue Freizeit und alte Muster, Jahrbuch der Kindheit, Band 9, Weinheim und Basel
- ISDA-Daten, Befragungsergebnisse des Instituts für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin vom Mai 1990 (1623 Prob.), Oktober 1991 (999 Prob.), Oktober 1991 (1008 Prob.) und Mai 1993 (1956 Prob.), jeweils repräsentativ für die erwachsene Wohnbevölkerung der DDR bzw. Ostdeutschlands, SPSS-Dateien, selbst ausgewertet
- John, O., 1988, Arbeitslosigkeit als originär theologisches Problem. In: Pastoral-theologische Informationen 1/1988
- Kaufmann, E.; Schröter, U.; Ullrich, R., 1997, Als ganzer Mensch leben. Lebensansprüche ostdeutscher Frauen, Band 5 der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft« Hrsg. Behrend, H., Berlin
- Kaufmann, F.-X., 1990, Zukunft der Familie. Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, München
- Költzsch-Ruch, K., 1997, Familienkompetenzen – Rüstzeug für den Arbeitsmarkt, Kölnitz
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1997, Abschlußbericht, Teil III, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage (Autor dieses Teiles: Ulrich Beck), München
- Kuhn, A., 1994, Die Neue Eva – Realutopische Bausteine einer 'Stadt der Frauen'. In: Stadt der Frauen. Szenarien aus spätmittelalterlicher Geschichte und zeitgenössischer Kunst, Bonn
- Meyer, D., 1996, Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit Nr. 2/96
- Mierendorff, J., 1992, Kindheitsverläufe, familiale und außerfamiliale Bedingungen in den Entscheidungen für Betreuungsformen und für die Nutzung von Kinderfreizeiteinrichtungen, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
- Möller, C., 1997, Überlegungen zu einem gemeinwesenorientierten Wirtschaften. In: Wirtschaften für das 'gemeine Eigene'. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Band 7 der Reihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«, herausgegeben von Hanna Behrend, Berlin
- Nielandt, J., 1998, Der Non-Profit-Sektor, Neue Perspektiven für die Gemeinwirtschaft? In: Sozialismus 3/98, Hamburg
- Offe, C., 1994, Vollbeschäftigung? Zur Kritik an einer falsch gestellten Frage. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/94
- Orio, G.; Liedtke, P., 1998, Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg
- Reißig, R., 1999, Aufwertung OST. In: Halbjahresmagazin der Heinrich-Böll-Stiftung 1/99, Berlin
- Rieck, E., 1999, Frauenleitbilder am Rande des Jahrtausends. Eine Repräsentativ-Studie von JOURNAL FÜR DIE FRAU, Beitrag auf Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung am 4./5. 02. 99 in Schmöckwitz, Konferenzmaterial
- Sauga, M., Student, D., Weidenfeld, U., 1996, Längst auf dem Weg. Das Modell Deutschland ist am Ende. Neidisch und sorgenvoll zugleich schauen die Politiker auf die USA. In: Wirtschaftswoche 20/96 vom 9. 5. 96
- Schäfer, D., Schwarz, N., 1994, Wert der Haushaltproduktion 1992. In: Wirtschaft und Statistik 8/94, Wiesbaden
- Schaeffer-Hegel, B., Leist, A., 1996, Sozialer Wandel und Geschlecht. Für eine Neubestimmung des Privaten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42/96, Bonn
- Schunter-Kleemann, S., 1998, Supranationale Politik und die Modernisierung patriarchaler Gewaltverhältnisse, discussion papers 2/1998, Hochschule Bremen
- Stellungnahme des EP-Ausschusses für soziale Angelegenheiten zur Kommissionsmitteilung »Einbindung der Chancengleichheit – mainstreaming« vom 24. Juli 1996. Anlage zum Kokkola-Bericht des Europäischen Parlaments vom 18. Juli 1997
- Wehrich, M., 1999, Alltägliche Lebensführung im ostdeutschen Transformationsprozeß. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/99, Bonn
- Young, B., 1998, Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie. In: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 111
- Zimmermann, A., 1998, Lernen zur Erfindung von Zukünften. Eine Zuspitzung. In: QUEM-report, Nr. 52, Berlin
- Zulehner, P. M.; Volz, R., 1998, Männer im Aufbruch – Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. Forschungsbericht, Ostfildern